



76. Jahrgang / Dezember 2003

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

54. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004; Ausschreibung, Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden und Erfassung der Wahlberechtigten

56. Aktion „Rauchmelder retten Leben“

55. Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004; Wahlkalender

Verbraucherpreisindex für Oktober 2003 (vorläufiges Ergebnis)

* * * * *
 * Die Gemeindereferentin der Tiroler Landesregierung
 * Landesrätin Dr. Anna Hosp und die Angehörigen
 * der Abteilung Gemeindeangelegenheiten des Amtes
 * der Tiroler Landesregierung wünschen allen Bürgermeisterinnen
 * und Bürgermeistern, Mitgliedern der Gemeinderäte
 * und Gemeindebediensteten sowie allen Leserinnen und Lesern
 * des Merkblattes ein frohliches, gnadenvolles Weihnachtsfest
 * und ein glückliches, erfolgreiches neues Jahr.
 * * * * *



54.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004; Ausschreibung, Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden und Erfassung der Wahlberechtigten

Die Landesregierung hat mit Beschluss vom 18. November 2003 die allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004 ausgeschrieben.

Die Wahl dieser Organe der Gemeinden wird durch die **Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**, LGBL. Nr. 88, in der Fassung der Gesetze LGBL. Nr. 12/1995, 40/1995, 94/1995, 145/1998, 113/2001 und 33/2003 geregelt.

Die §§ 7 und 8 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 haben im November-Landtag 2003 **hinsichtlich des Wahlalters** eine entscheidende Änderung erfahren; mit der Kundmachung im Landesgesetzblatt ist spätestens in der ersten Jännerhälfte 2004 zu rechnen.

Nach dieser Novelle ist zur Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters jeder Unionsbürger wahlberechtigt, der in der Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat, es sei denn, dass er sich noch nicht ein Jahr in der

Gemeinde aufhält und sein Aufenthalt offensichtlich nur vorübergehend ist, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist und **am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat**. Wählbar zum Gemeinderat sind alle wahlberechtigten Unionsbürger, zum Bürgermeister alle österreichischen Staatsbürger, die **am Wahltag das 19. Lebensjahr vollendet haben**.

Nichtösterreichische Unionsbürger sind wahlberechtigt, wenn sie auf ihren schriftlichen Antrag hin in die Gemeindewählerevidenz für sonstige Unionsbürger eingetragen sind (näheres dazu § 23a der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994). Im Antrag sind Vor- und Familienname, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Wohnadresse anzugeben, die Angaben in geeigneter Weise zu belegen und erforderlichenfalls die Identität nachzuweisen. Ein solcher Antrag

kann zum Zweck der Teilnahme an den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004 längstens bis zur Auflage des Wählerverzeichnisses gestellt werden.

Der **Hauptwohnsitz** einer Person ist dort begründet, wo sie sich in der erweislichen oder aus den Umständen hervorgehenden Absicht niedergelassen hat, hier den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen zu schaffen; trifft diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen einer Person auf mehrere Wohnsitze zu, so hat sie jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, zu dem sie das überwiegende Naheverhältnis hat (vgl. Art. 6 Abs. 3 B-VG und die melde-rechtlichen Vorschriften).

Hält sich eine Person noch nicht ein Jahr in der Gemeinde auf **und** ist ihr Aufenthalt offensichtlich nur vorübergehend (wie **beispielsweise** der Aufenthalt eines Koches oder Kellners für die Wintersaison), so ist sie nicht wahlberechtigt.

Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Der Ausschluss endet nach sechs Monaten gerechnet ab der Vollstreckung der Strafe, ab dem Vollzug oder Wegfall mit Freiheitsentziehung verbundener vorbeugender Maßnahmen, im Falle der Verbüßung der Strafe durch Anrechnung einer Vorhaft mit dem Tag der Rechtskraft des Urteils. Vorbeugende Maßnahmen sind die Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher, für entwöhnungsbedürftige Rechtsbrecher und für gefährliche Rückfallstäter. Ein Ausschluss vom Wahlrecht tritt schließlich nicht ein, wenn das Gericht die Strafe bedingt nachgesehen hat.

Wahlberechtigt ist, wer spätestens am 7. März 2004 das 18., wählbar, wer spätestens am 7. März 2004 das 19. Lebensjahr vollendet. Das Wahlalter gilt mit dem Beginn des Geburtstages als vollendet, weil es sich dabei um den Erwerb eines Rechtes handelt (§ 963 ABGB).

Die nächsten wichtigen Termine im Wahlkalender sind:

Tag der Wahlausschreibung ist Freitag, der 28. November 2003.

Unmittelbar nach der **Kundmachung der Wahlausschreibung** im Landesgesetzblatt für Tirol ist die Wahlausschreibung auch in den Gemeinden kundzumachen.

Nach dem Tag der Wahlausschreibung richten sich die Termine für die **Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden**. Örtliche Wahlbehörden sind die Gemeinde-

wahlbehörde, die Sprengelwahlbehörde(n) und die Sonderwahlbehörde. Näheres über die örtlichen Wahlbehörden ist dem 2. Abschnitt „Wahlbehörden“ der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 zu entnehmen.

Der **Gemeinderat** hat umgehend über die **Anzahl der Beisitzer** der Gemeindewahlbehörde und der Sprengelwahlbehörde(n) und über die **Aufteilung der Anzahl der Beisitzer** der örtlichen Wahlbehörden unter Berücksichtigung der verhältnismäßigen Stärke der Gemeinderatsparteien auf diese Beschluss zu fassen.

Die Gemeindewahlbehörde besteht aus dem Bürgermeister (einem von ihm zu bestellenden ständigen Vertreter) als Vorsitzenden (Gemeindewahlleiter) und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern.

Die Sprengelwahlbehörde(n) besteht (bestehen) aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden (Sprengelwahlleiter) und mindestens drei und höchstens acht Beisitzern. Die Anzahl der Beisitzer ist für alle Sprengelwahlbehörden einheitlich festzulegen.

Die Sonderwahlbehörde besteht aus dem vom Bürgermeister zu bestellenden Vorsitzenden (Leiter der Sonderwahlbehörde) und drei Beisitzern.

Für den Fall der Verhinderung hat der Bürgermeister für den Vorsitzenden der Gemeindewahlbehörde, der Sprengelwahlbehörde(n) und der Sonderwahlbehörde je einen Stellvertreter zu bestellen.

Für den Fall der Verhinderung ist für jeden Beisitzer ein Ersatzmitglied zu bestellen. Ein Beisitzer kann von jedem Ersatzmitglied vertreten werden. Stehen **beispielsweise** einer Gemeinderatspartei zwei Beisitzer zu und ist der Beisitzer B1 verhindert, so kann er vom Ersatzmitglied E1 oder vom Ersatzmitglied E2 vertreten werden.

Die Beisitzer und Ersatzmitglieder sind von den Gemeinderatsparteien unter Berücksichtigung ihrer verhältnismäßigen Stärke dem Gemeindewahlleiter vorzuschlagen und von diesem zu bestellen. Gemeinderatsparteien sind (**nach Maßgabe des Ergebnisses der letzten Gemeinderatswahl!**) die Wahlwerber einer Wählergruppe, denen Gemeinderatsmandate zugewiesen wurden. Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien ist wie folgt zu ermitteln:

Die Anzahl der Mandate jeder einzelnen Gemeinderatspartei ist, beginnend mit der größten Zahl, nebeneinander zu schreiben. Darunter sind die Hälfte, das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiteren Bruchteile zu schreiben. Dezimalzahlen sind zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Zahlen sind ihrer Größe nach zu ordnen, wobei mit der größten Zahl zu beginnen ist.

Die verhältnismäßige Stärke der Gemeinderatsparteien richtet sich nach der Reihenfolge, in der die so geordneten Zahlen auf die Gemeinderatsparteien entfallen. Haben danach zwei oder mehrere Gemeinderatsparteien Anspruch auf einen Beisitzer, so fällt dieser jener Gemeinderatspartei zu, die bei der letzten Gemeinderatswahl die größere Anzahl an Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Anzahl an Stimmen entscheidet das vom jüngsten Gemeinderatsmitglied zu ziehende Los.

Die wiedergegebenen Bestimmungen gelten auch für die Aufteilung der Beisitzer auf die Gemeinderatsparteien, die aus gekoppelten Wahlvorschlägen hervorgegangen sind. Koppelungen sind somit im Falle der Aufteilung der Beisitzer **nicht** zu berücksichtigen.

Hat **beispielsweise** der Gemeinderat beschlossen, sieben Beisitzer zu bestellen und beträgt das Stärkeverhältnis der Gemeinderatsparteien A 8 Mandate (3.800 Stimmen), B 5 Mandate (2.300 Stimmen), C 4 Mandate (2.000 Stimmen) und D 2 Mandate (1.100 Stimmen) so ist folgend vorzugehen:

Geteilt durch	A	B	C	D
1	8 (1)	5 (2)	4 (4)	2
2	4 (3)	2,5 (6)	2	1
3	2,6 (5)	1,6		
4	2 (7)			
5	1,6			

A hat Anspruch auf vier, B auf zwei und C auf einen Beisitzer für die Gemeindewahlbehörde, D erhält keinen Beisitzer. Die sieben größten Zahlen sind fett gedruckt und die in Klammer gesetzten Ziffern zeigen, in welcher Reihenfolge die Sitze verteilt werden. Der Beisitzer Nummer 7 fällt A zu, weil sie mehr Stimmen als C oder D hat.

Wird der Vorschlag auf Bestellung der Beisitzer und der Ersatzmitglieder nicht rechtzeitig erstattet, so hat der Gemeindevahlleiter die fehlenden Beisitzer und Ersatzmitglieder nach freiem Ermessen zu bestellen.

Mitglieder der örtlichen Wahlbehörden können nur Personen sein, die in der Gemeinde, in der die betreffende örtliche Wahlbehörde ihren Sitz hat, **wahlberechtigt** sind.

Das Amt eines Mitgliedes einer Wahlbehörde ist ein öffentliches Ehrenamt, zu dessen Annahme und Ausübung jeder Wahlberechtigte verpflichtet ist; diese Verpflichtung besteht nicht bei Vorliegen eines gerechtfertigten Entschuldigungsgrundes. Den Mitgliedern der örtlichen Wahlbehörden gebührt lediglich der Ersatz der mit der Besorgung ihrer Aufgaben verbundenen not-

wendigen Barauslagen und des von ihnen nachgewiesenen tatsächlichen Verdienstentganges.

Bei der Nachbesetzung ausgeschiedener Mitglieder von Wahlbehörden ist analog vorzugehen.

Die gesetzlichen Fristen für die Einrichtung der örtlichen Wahlbehörden und die Durchführung ihrer konstituierenden Sitzungen sind dem Wahlkalender zu entnehmen.

Eine Wählergruppe, die einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingebracht hat, kann in jede örtliche Wahlbehörde, für die sie keinen Anspruch auf Namhaftmachung eines Beisitzers hat, je eine Vertrauensperson (für den Fall ihrer Verhinderung einen Stellvertreter) entsenden. Die **Vertrauensperson** (ihr Stellvertreter) muss in der Gemeinde wahlberechtigt sein. Die Vertrauensperson nimmt **ohne Stimmrecht** an den Sitzungen der örtlichen Wahlbehörde teil.

Den **Wahlbehörden** obliegt die **Leitung und Durchführung der Wahlen des Gemeinderates und des Bürgermeisters**. Die Wahlbehörden sind Kollegialorgane und werden in Sitzungen tätig. Umlaufbeschlüsse sind daher nicht zulässig. Wahlbehörden sind beschlussfähig, wenn der Vorsitzende (sein Stellvertreter) und wenigstens die Hälfte der Beisitzer (Ersatzmitglieder) anwesend sind. Zu einem gültigen Beschluss ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Der Vorsitzende stimmt nicht mit. Bei Stimmgleichheit gilt jedoch die Anschauung als zum Beschluss erhoben, der er beitrifft. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung.

Bis zur Bildung der Wahlbehörden hat der **Wahlleiter** alle unaufschiebbaren Geschäfte zu besorgen, insbesondere auch Eingaben entgegen zu nehmen, und sobald die Wahlbehörden gebildet sind, diesen seine bisherigen Verfügungen zur Kenntnis zu bringen. Der Wahlleiter hat die Sitzungen der Wahlbehörden einzuberufen, die Sitzungen als Vorsitzender zu leiten und die Beschlüsse durchzuführen. Er hat die Sitzungen so zeitgerecht einzuberufen, dass es den Mitgliedern der Wahlbehörde und Vertrauenspersonen bei gewöhnlichem Lauf der Dinge möglich ist, zum festgesetzten Termin zu erscheinen. Kann eine Wahlbehörde nicht in beschlussfähiger Anzahl zusammentreten oder wird sie während der Amtshandlung beschlussunfähig und läßt die Dringlichkeit der Amtshandlung keinen Aufschub zu, so hat der Wahlleiter die Amtshandlung selbstständig durchzuführen; dies gilt nicht für Amtshandlungen, die der Ermittlung des Wahlergebnisses (siehe dazu den 6. Abschnitt „Ermittlung der Wahlergebnisse“ der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994) dienen.

Die **Einrichtung von Wahlsprengeln** obliegt der **Gemeindewahlbehörde**. Die Gemeindewahlbehörde kann in einem der Wahlsprengel zusätzlich die Aufgaben der Sprengelwahlbehörde besorgen. Wird nachträglich ein Wahlsprengel eingerichtet, weil etwa die Zahl der Wahlberechtigten oder die Siedlungsentwicklung eine derartige Maßnahme als zweckmäßig erscheinen lassen, so ist umgehend auch eine Sprengelwahlbehörde einzurichten. Bei der Besetzung nachträglich eingerichteter Sprengelwahlbehörden ist analog der Besetzung von Sprengelwahlbehörden vorzugehen.

Stichtag ist Freitag, der 19. Dezember 2003.

Nach dem Stichtag sind die Wahlberechtigten zu erfassen. Näheres über die Erfassung der Wahlberechtigten ist dem 3. Abschnitt „Erfassung der Wahlberechtigten“ der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 zu entnehmen.

Die Wahlberechtigten sind in das **Wählerverzeichnis** einzutragen. Grundlage für die Erstellung des Wählerverzeichnisses sind die nach dem Wählerevidenzgesetz 1973 zu führende Wählerevidenz und die nach § 23a der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 zu führende Gemeindewählerevidenz für sonstige Unionsbürger. Ist das Gemeindegebiet in Wahlsprengel eingeteilt, so ist das Wählerverzeichnis getrennt nach Wahlsprengeln anzulegen.

Besondere Sorgfalt ist darauf anzuwenden, dass auch die Wahlberechtigten, die erst im Jahre 2004 bis einschließlich 7. März das 18. Lebensjahr vollendet haben, im Wählerverzeichnis erfasst werden. Dieser Personenkreis dürfte weder in der Wählerevidenz noch in der Gemeindewählerevidenz für sonstige Unionsbürger aufscheinen.

Der Kreis der Wahlberechtigten wurde bereits eingangs näher beschrieben. Jeder Wahlberechtigte darf in der Gemeinde nur in einem Wählerverzeichnis eingetragen sein; er ist in das Wählerverzeichnis des Wahlsprengels einzutragen, in dem er am Stichtag seinen Wohnsitz hat.

Die Gemeinde hat das Wählerverzeichnis in einem allgemein zugänglichen Amtsräum durch sieben Tage zur öffentlichen Einsicht aufzulegen. Die **Auflegung des Wählerverzeichnisses** ist durch öffentlichen Anschlag kundzumachen. Näheres ist dem Wahlkalender zu entnehmen.

Durch die Bezeichnung des Beginnes und des Endes der Einsichtsfrist, der für die Einsichtnahme bestimmten Stunden und des Amtsräumes in der Kundmachung wird die Publizität des Wählerverzeichnisses gewährleis-

tet. Es ist nicht geboten, dass das Wählerverzeichnis auch am Samstag und Sonntag zur Einsichtnahme aufliegen muss. Bei der Festsetzung der für die Einsichtnahme bestimmten Stunden ist jedoch darauf zu achten, dass die Einsichtnahme auch außerhalb der normalen Arbeitszeit ermöglicht wird. Innerhalb der Einsichtsfrist kann jedermann in das Wählerverzeichnis Einsicht nehmen.

Nach der Auflegung des Wählerverzeichnisses ist eine Änderung oder Ergänzung nur noch im Wege eines der in der Folge beschriebenen Verfahrens möglich.

Frühestens am ersten Tag der Auflegung des Wählerverzeichnisses ist den Gemeinderatsparteien, frühestens gleichzeitig mit der Einbringung des Wahlvorschlages den im Gemeinderat nicht vertretenen Wählergruppen, auf deren Verlangen eine Ausfertigung des Wählerverzeichnisses kostenlos auszufolgen. Allfällige Änderungen und Ergänzungen des Wählerverzeichnisses sind nachzusenden. Die Übermittlung des Wählerverzeichnisses ist neuerdings auch im Wege der automationsunterstützten Datenverarbeitung zulässig.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Unionsbürger, der als Wähler eingetragen ist oder das Wahlrecht für sich in Anspruch nimmt, wegen seiner Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in ein Wählerverzeichnis Einspruch erheben. Einspruch kann nur in eigener Sache erhoben werden.

Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder Unionsbürger, der als Wähler eingetragen ist, die Streichung vermeintlich nicht Wahlberechtigter aus dem Wählerverzeichnis oder die Aufnahme vermeintlich Wahlberechtigter in das Wählerverzeichnis anregen. Anregungen werden für oder gegen andere Personen vorgebracht. Wählergruppen sind nicht legitimiert, solche Anregungen vorzubringen. Der zustellungsbevollmächtigte Vertreter einer Wählergruppe kann nur in seiner Eigenschaft als einer der Unionsbürger, der als Wähler in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, solche Anregungen vorbringen.

Einsprüche und Anregungen können schriftlich, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegrafisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise oder mündlich eingebracht werden. Sie sind zu begründen und, wenn die Aufnahme in ein Wählerverzeichnis begehrt wird, in geeigneter Weise zu belegen.

Hält er eine **Anregung** auf Streichung eines nicht Wahlberechtigten oder auf Aufnahme eines Wahlberechtigten für begründet, so hat die **Gemeinde** (d. h. der

Bürgermeister) das Wählerverzeichnis von Amts wegen zu berichtigen und hievon unverzüglich den Betroffenen zu verständigen. Der Betroffene kann bis 17 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Verständigung Einspruch erheben.

Wird wegen der Aufnahme bzw. Nichtaufnahme in ein Wählerverzeichnis oder im Falle der Verständigung von einer Streichung bzw. Aufnahme **Einspruch** erhoben, so hat die **Gemeindewahlbehörde** binnen einer Woche zu entscheiden. Auf die Entscheidung über einen Einspruch hat der Einspruchswerber einen Rechtsanspruch. Die Regeln über die Befangenheit von Verwaltungsorganen sind anzuwenden (§ 7 AVG 1991). Die Gemeindewahlbehörde hat alle Feststellungen zur Ermittlung des wahren Sachverhaltes zu treffen. Demjenigen, um dessen Wahlrecht es geht, ist im Verfahren das Parteiengehör zu wahren. Die Entscheidung ist zu begründen. Die Entscheidung ist dem Einspruchswerber zuzustellen. Der Betroffene kann bis 17 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Entscheidung Berufung erheben, wenn seinem Einspruch nicht Rechnung getragen worden ist. Die Berufung kann schriftlich, nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden technischen Mittel auch telegrafisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise, eingebracht werden. Sie ist zu begründen.

Über die **Berufung** hat die **Bezirkswahlbehörde** binnen einer Woche zu entscheiden. Die Entscheidung ist dem Einspruchswerber und der Gemeindewahlbehörde zuzustellen.

Ist eine **Richtigstellung des Wählerverzeichnisses** erforderlich, so ist diese unter Anführung der Verfügung des Bürgermeisters bzw. der Entscheidung der Gemeinde- oder Bezirkswahlbehörde durchzuführen. Ist danach ein Wahlberechtigter in ein Wählerverzeichnis aufzunehmen, so ist sein Name am Ende des Wählerverzeichnisses mit der dort folgenden fortlaufenden Zahl anzuführen; an der Stelle des Wählerverzeichnisses, an der er ursprünglich einzutragen gewesen wäre, ist auf die fortlaufende Zahl der neuen Eintragung hinzuweisen. Eine zu Unrecht in das Wählerverzeichnis aufgenommene Person ist aus diesem zu streichen.

Wird einem Wahlberechtigten die Aufnahme in das Wählerverzeichnis in rechtswidriger Weise verweigert,

so wird der Betroffene durch eine solche Entscheidung in seinem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Wahlrecht verletzt; der Betroffene kann nach einer erfolglosen Berufung nach Art. 144 B-VG Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof erheben. Rechtswidrigkeiten, die bei der Anlegung des Wählerverzeichnisses unterlaufen, können von den Wählergruppen nur durch Wahlanfechtung nach Art. 141 B-VG vor dem Verfassungsgerichtshof geltend gemacht werden.

An der Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters dürfen nur Wahlberechtigte teilnehmen, deren Namen im abgeschlossenen Wählerverzeichnis enthalten sind.

Jeder Wahlberechtigte hat sein Wahlrecht grundsätzlich im Wahllokal jenes Wahlsprengels auszuüben, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist. Anspruch auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde haben Wahlberechtigte, denen es aus Alters-, Krankheits- oder ähnlichen Gründen am Wahltag nicht möglich ist, ihr Wahlrecht im zuständigen Wahllokal auszuüben.

Die Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde setzt einen begründeten Antrag voraus. Im Zweifelsfalle hat der Wahlberechtigte das Vorliegen des Grundes insbesondere durch Vorlage einer ärztlichen Bestätigung nachzuweisen. Die Gemeinde hat den Antragsteller rechtzeitig auf geeignete Weise davon zu verständigen, ob er sein Wahlrecht vor der Sonderwahlbehörde ausüben kann oder nicht.

Die Gemeinde hat die Namen der Wahlberechtigten, die von der Sonderwahlbehörde aufzusuchen sind, und ihren Aufenthaltsort am Wahltag in ein Verzeichnis der von der Sonderwahlbehörde aufzusuchenden Personen aufzunehmen und im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten in der Spalte „Anmerkung“ das Wort „Sonderwahlbehörde“ einzutragen. Solcherart gekennzeichnete Wahlberechtigte dürfen ihr Wahlrecht nur vor der Sonderwahlbehörde ausüben. Fällt der Grund noch vor dem Wahltag weg, so hat der Wahlberechtigte die Gemeinde unverzüglich davon zu verständigen. In diesem Fall ist der Wahlberechtigte aus dem Verzeichnis der von der Sonderwahlbehörde aufzusuchenden Personen und im Wählerverzeichnis beim betreffenden Wahlberechtigten das Wort „Sonderwahlbehörde“ zu streichen.

55.

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004; Wahlkalender

Bestimmung der TGWO 1994	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 3 Abs. 1	Ausschreibung der Wahl (Kundmachung im Landesgesetzblatt)		Freitag, 28.11.2003
§ 3 Abs. 5	Kundmachung der Wahlausschreibung in allen Gemeinden	unmittelbar nach Kundmachung der Wahlausschreibung im LGBl.	Freitag, 28.11.2003
§ 18 Abs. 1	Endtermin für die Bestellung der Sprengelwahlleiter, der Leiter der Sonderwahlbehörden, der nach den §§ 13 Abs. 2 und 16 Abs. 2 zu bestellenden ständigen Vertreter und der Stellvertreter der Wahlleiter	spätestens am neunten Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Sonntag, 07.12.2003
§ 19 Abs. 1 § 19 Abs. 2	Endtermin für die Namhaftmachung der Beisitzer und Ersatzmitglieder der örtlichen Wahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden	spätestens am zwölften Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Mittwoch, 10.12.2003
§ 19 Abs. 3	Endtermin für die Bestellung der Beisitzer und der Ersatzmitglieder der örtlichen Wahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden	spätestens am 14. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Freitag, 12.12.2003
§ 19 Abs. 5	Bekanntgabe der Namen der Mitglieder der örtlichen Wahlbehörden an die Bezirkshauptmannschaft und Kundmachung dieser Namen durch den Gemeindevahlleiter. Kundmachung der Namen der Mitglieder der Bezirkswahlbehörden durch den Bezirkswahlleiter	unverzüglich nach deren Bestellung	
§ 20 Abs. 1	Konstituierende Sitzung der Gemeindevahlbehörden und der Bezirkswahlbehörden, allenfalls auch der Sprengelwahlbehörden und der Sonderwahlbehörden	spätestens am 21. Tag nach dem Tag der Wahlausschreibung	Freitag, 19.12.2003
§ 3 Abs. 2	Stichtag	zwischen dem Tag der Wahlausschreibung und dem 70. Tag vor dem Wahltag	Freitag, 19.12.2003

Bestimmung der TGWO 1994	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 35 Abs. 2 § 40 Abs. 2	Erster Tag für die Einbringung der Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und/oder des Bürgermeisters bei der Gemeindewahlbehörde	am Stichtag	Freitag, 19.12.2003
§ 27 Abs. 2	Frühester Zeitpunkt für Wählergruppen, die im Gemeinderat nicht vertreten sind, die Ausfolgung einer Ausfertigung der Wählerverzeichnisse zu verlangen	frühestens gleichzeitig mit Einbringung des Wahlvorschlages, frühestens also am Stichtag	Freitag, 19.12.2003
§ 22 Abs. 1	Namhaftmachung von Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter durch die Wählergruppen	frühestens mit der Einbringung des Wahlvorschlages, frühestens also am Stichtag	Freitag, 19.12.2003
§ 26 Abs. 2	Kundmachung der Gemeinde über die Auflegung der Wählerverzeichnisse	spätestens am 19. Tag nach dem Stichtag	Mittwoch, 07.01.2004
§ 26 Abs. 1 § 28 Abs. 1 § 28 Abs. 3	Erster Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse durch die Gemeinde (Einsichtsfrist durch sieben Tage) und Beginn der Frist zur Einbringung von Einsprüchen und Anregungen	20. Tag nach dem Stichtag	Donnerstag, 08.01.2004
§ 27 Abs. 1	Ausfolgung von Ausfertigungen der Wählerverzeichnisse an die Wählergruppen durch die Gemeinde	frühestens am ersten Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse	Donnerstag, 08.01.2004
§ 26 Abs. 1 § 28 Abs. 1 § 28 Abs. 3	Letzter Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse und für die Einbringung von Einsprüchen und Anregungen	26. Tag nach dem Stichtag oder ein, zwei Tage später, je nachdem, ob an Samstagen, Sonntagen oder anderen öffentlichen Ruhetagen Einsicht gewährt wird	Mittwoch, 14.01.2004 (ein oder zwei Tage später)
§ 29 Abs. 1	Verständigung der Personen, die auf Grund einer Anregung von Amts wegen aus dem Wählerverzeichnis gestrichen oder in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden, durch die Gemeinde	unverzüglich nach der von Amts wegen erfolgten Berichtigung des Wählerverzeichnisses	
§ 29 Abs. 2	Einspruchsmöglichkeit des Betroffenen gegen seine von Amts wegen erfolgte Streichung aus dem Wählerverzeichnis oder Aufnahme in das Wählerverzeichnis	spätestens bis 17.00 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Verständigung	
§ 30	Entscheidung über Einsprüche	binnen einer Woche nach deren Einlangen	

Bestimmung der TGWO 1994	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 35 Abs. 2 § 40 Abs. 2	Erster Tag für die Einbringung der Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und/oder des Bürgermeisters bei der Gemeindewahlbehörde	am Stichtag	Freitag, 19.12.2003
§ 27 Abs. 2	Frühester Zeitpunkt für Wählergruppen, die im Gemeinderat nicht vertreten sind, die Ausfolgung einer Ausfertigung der Wählerverzeichnisse zu verlagen	frühestens gleichzeitig mit Einbringung des Wahlvorschlages, frühestens also am Stichtag	Freitag, 19.12.2003
§ 22 Abs. 1	Namhaftmachung von Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter durch die Wählergruppen	frühestens mit der Einbringung des Wahlvorschlages, frühestens also am Stichtag	Freitag, 19.12.2003
§ 26 Abs. 2	Kundmachung der Gemeinde über die Auflegung der Wählerverzeichnisse	spätestens am 19. Tag nach dem Stichtag	Mittwoch, 07.01.2004
§ 26 Abs. 1 § 28 Abs. 1 § 28 Abs. 3	Erster Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse durch die Gemeinde (Einsichtsfrist durch sieben Tage) und Beginn der Frist zur Einbringung von Einsprüchen und Anregungen	20. Tag nach dem Stichtag	Donnerstag, 08.01.2004
§ 27 Abs. 1	Ausfolgung von Ausfertigungen der Wählerverzeichnisse an die Wählergruppen durch die Gemeinde	frühestens am ersten Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse	Donnerstag, 08.01.2004
§ 26 Abs. 1 § 28 Abs. 1 § 28 Abs. 3	Letzter Tag der Auflegung der Wählerverzeichnisse und für die Einbringung von Einsprüchen und Anregungen	26. Tag nach dem Stichtag oder ein, zwei Tage später, je nachdem, ob an Samstagen, Sonntagen oder anderen öffentlichen Ruhetagen Einsicht gewährt wird	Mittwoch, 14.01.2004 (ein oder zwei Tage später)
§ 29 Abs. 1	Verständigung der Personen, die auf Grund einer Anregung von Amts wegen aus dem Wählerverzeichnis gestrichen oder in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden, durch die Gemeinde	unverzüglich nach der von Amts wegen erfolgten Berichtigung des Wählerverzeichnisses	
§ 29 Abs. 2	Einspruchsmöglichkeit des Betroffenen gegen seine von Amts wegen erfolgte Streichung aus dem Wählerverzeichnis oder Aufnahme in das Wählerverzeichnis	spätestens bis 17.00 Uhr des dritten Tages nach der Zustellung der Verständigung	
§ 30	Entscheidung über Einsprüche	binnen einer Woche nach deren Einlangen	

Bestimmung der TGWO 1994	G e g e n s t a n d	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 41 Abs. 2	Vorschlag eines neuen Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters bei Eintritt eines der im § 41 Abs. 2 erster Halbsatz genannten Ereignisse	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 26.02.2004
§ 45 Abs. 2	Vorlage der Erklärung der Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinderatspartei, daß eine Wählergruppe ihre Nachfolgerin ist	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 26.02.2004
§ 39 Abs. 2 § 39 Abs. 3	Änderung des Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates einer Wählergruppe im Falle des Eintrittes eines der im § 41 Abs. 2 erster Halbsatz genannten Ereignisse	spätestens zugleich mit dem Vorschlag eines neuen Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters nach § 41 Abs. 2	Donnerstag, 26.02.2004
§ 42 Abs. 1	Behebung von Mängeln an Wahlvorschlägen oder bei Koppelungserklärungen durch die Wählergruppen	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 26.02.2004
§ 43 Abs. 1	Endgültige Prüfung der Wahlvorschläge und der Koppelungserklärungen durch die Gemeindewahlbehörde	am neunten Tag vor dem Wahltag	Freitag, 27.02.2004
§ 45 Abs. 1 § 45 Abs. 6	Kundmachung der Wahlvorschläge und der Koppelungen durch die Gemeindewahlbehörde	spätestens am achten Tag vor dem Wahltag	Samstag, 28.02.2004
§ 46 Abs. 1 § 46 Abs. 3	Endtermin für die Festsetzung der Wahllokale, der Wahlzeit und der Verbotszonen durch die Gemeindewahlbehörde und deren Kundmachung	spätestens am fünften Tag vor dem Wahltag	Dienstag, 02.03.2004
§ 22 Abs. 2	Endtermin für die Bekanntgabe von Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter an den Gemeindewahlleiter	spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 04.03.2004
§ 34 Abs. 2	Endtermin für die Anträge auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde	spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag	Donnerstag, 04.03.2004
§ 34 Abs. 5	Übermittlung des Verzeichnisses nach § 34 Abs. 5 von der Gemeinde an die zuständige Sonderwahlbehörde	spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag	Freitag, 05.03.2004
§ 3 Abs. 1	Wahltag		Sonntag, 07.03.2004

Bestimmung der TGWO 1994	Gegenstand	Befristung, Termin	Kalendertag
§ 41 Abs. 2	Vorschlag eines neuen Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters bei Eintritt eines der im § 41 Abs. 2 erster Halbsatz genannten Ereignisse	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 26.02.2004
§ 45 Abs. 2	Vorlage der Erklärung der Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinderatspartei, daß eine Wählergruppe ihre Nachfolgerin ist	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 26.02.2004
§ 39 Abs. 2 § 39 Abs. 3	Änderung des Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates einer Wählergruppe im Falle des Eintrittes eines der im § 41 Abs. 2 erster Halbsatz genannten Ereignisse	spätestens zugleich mit dem Vorschlag eines neuen Wahlwerbers für die Wahl des Bürgermeisters nach § 41 Abs. 2	Donnerstag, 26.02.2004
§ 42 Abs. 1	Behebung von Mängeln an Wahlvorschlägen oder bei Koppelungserklärungen durch die Wählergruppen	spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 26.02.2004
§ 43 Abs. 1	Endgültige Prüfung der Wahlvorschläge und der Koppelungserklärungen durch die Gemeindewahlbehörde	am neunten Tag vor dem Wahltag	Freitag, 27.02.2004
§ 45 Abs. 1 § 45 Abs. 6	Kundmachung der Wahlvorschläge und der Koppelungen durch die Gemeindewahlbehörde	spätestens am achten Tag vor dem Wahltag	Samstag, 28.02.2004
§ 46 Abs. 1 § 46 Abs. 3	Endtermin für die Festsetzung der Wahllokale, der Wahlzeit und der Verbotszonen durch die Gemeindewahlbehörde und deren Kundmachung	spätestens am fünften Tag vor dem Wahltag	Dienstag, 02.03.2004
§ 22 Abs. 2	Endtermin für die Bekanntgabe von Vertrauenspersonen und deren Stellvertreter an den Gemeindewahlleiter	spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag, 17.00 Uhr	Donnerstag, 04.03.2004
§ 34 Abs. 2	Endtermin für die Anträge auf Ausübung des Wahlrechtes vor einer Sonderwahlbehörde	spätestens am dritten Tag vor dem Wahltag	Donnerstag, 04.03.2004
§ 34 Abs. 5	Übermittlung des Verzeichnisses nach § 34 Abs. 5 von der Gemeinde an die zuständige Sonderwahlbehörde	spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag	Freitag, 05.03.2004
§ 3 Abs. 1	Wahltag		Sonntag, 07.03.2004

56.

Aktion „Rauchmelder retten Leben“

Nach den statistischen Aufzeichnungen der Tiroler Landesstelle für Brandverhütung wurden allein in Tirol im Jahre 2002 5.911 Brandfälle registriert. Ein Großteil dieser Brandfälle betraf Privathäuser und Wohnungen. Häufig gelang es den Betroffenen den Entstehungsbrand noch selbst zu löschen, dennoch musste laut Einsatzstatistik des Landesfeuerwehrverbandes Tirol in 2.838 Fällen die Feuerwehr zur Brandbekämpfung anrücken.

Leider blieb es nicht immer nur bei Sachschäden. Zwei junge Burschen sind im Vorjahr bei Bränden in Jochberg und Innsbruck in Folge von Brandgasen erstickt. Sachverständige der Tiroler Landesstelle für Brandverhütung gelangten im Zuge der Brandursachenermittlung zur Überzeugung, dass die beiden bei Vorhandensein von Rauchmeldern frühzeitig alarmiert worden wären und dadurch ihr Leben gerettet hätten. Dies sind nur zwei von vielen tragischen Beispielen.

Um zukünftig solchen traurigen Ereignissen entgegenzutreten, aber auch die hohe Anzahl von Wohnungsbränden zu reduzieren, organisiert das Land Tirol, der Landesfeuerwehrverband Tirol und die Tiroler Landesstelle für Brandverhütung die Aktion „Rauchmelder retten Leben“.

Es ist gelungen technisch hochwertige Rauchmelder zu einem äußerst günstigen Preis (Abgabepreis € 7,- pro Rauchmelder) anzuschaffen. Die Bestellung und Verteilung der Brandmelder erfolgt über die Feuerwehren Tirols.

Da anzunehmen ist, dass von Gemeindebürgern der Sinn der Aktion hinterfragt wird, werden nachfolgend noch einige Argumente angeführt.

Wussten Sie, dass

- **„drei fatale Irrtümer** dazu beitragen, dass im deutschen Sprachraum jedes Jahr ca. 1.000 Menschen bei Bränden sterben. 80% der Brandtoten sterben an den Folgen einer Rauchgasvergiftung. Brandgas breitet sich schneller und lautloser aus als das Feuer selbst. Durch fotoelektronische Messung erkennen Qualitätsrauchmelder Rauch zuverlässig.

- **„Irrtum 1 – Mir bleibt genug Zeit!**

Nur wenige wissen, dass die größte Gefahr bei einem Brand vom Rauch ausgeht. Da Rauchgas bereits nach

wenigen Atemzügen zur Bewusstlosigkeit führt, bleiben für die Flucht nur wenige Minuten. Durch den rechtzeitigen Alarm können Rauchmelder einen lebensrettenden Zeitvorsprung schaffen!

- **„Irrtum 2 – Ich werde gewarnt!**

Wenn Sie schlafen, schläft auch Ihr Geruchssinn. Meist schlafen auch die Nachbarn und Haustiere. Sie sind also keine verlässlichen Brandmelder. Qualitätsbrandmelder sind immer einsatzbereit. Die Funktionskontrolle weist auch über einen längeren Zeitraum auf technische Probleme, z. B. fast entladene Batterie, des Brandmelders hin.

- **„Irrtum 3 – Ich bin vorsichtig!**

Viele Brände entstehen durch Unachtsamkeit – aber nicht alle! Gegen Elektrobrände kann beispielsweise nur sehr beschränkt vorgebeugt werden. Die Installation eines Brandmelders ist eine Vorsichtsmassnahme, die auch in solchen Fällen hilft!

Wussten Sie auch, dass

- Österreich mit ca. 7,8 Brandtoten je Million Einwohner im Mittelfeld der europäischen Statistik geführt wird; die wenigsten Brandtoten in der Schweiz (4,3/Mio. EW) und die meisten Brandtoten in Ungarn (23,5/Mio. EW) registriert wurden.
- Bei Wohnungsbränden mit Todesfolge die Altersgruppen 0 bis 4 Jahre und 65 bis 85 Jahre am meisten betroffen sind.
- Die meisten Brände zwar in der Zeit zwischen 6 Uhr und 18 Uhr ausbrechen, die größten Schäden aber bei Bränden im Zeitraum zwischen 18 Uhr und 6 Uhr verzeichnet werden.
- Die meisten Wohnungsbrände mit Todesfolge im Zeitraum zwischen 22 Uhr und 6 Uhr verzeichnet wurden.

AUS DIESEM GRUNDE: BRANDMELDER SCHÜTZEN LEBEN!

Der mit Brandschutz betraute Personenkreis ist überzeugt, dass mit diesen geringen Aufwendungen doch ein hohes Maß an Sicherheit für die Mitbürger erreicht werden kann.

Tiroler Landesstelle für Brandverhütung,
Sterzinger Straße 2 (Stöcklgebäude),
6020 Innsbruck, Telefon 05212/581373

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR OKTOBER 2003**
(vorläufiges Ergebnis)

	September 2003 (endgültig)	Oktober 2003 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	106,3	106,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	111,8	111,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	146,3	146,0
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	227,4	226,9
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	399,1	398,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	508,4	507,5
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	510,0	509,1

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2003 beträgt 106,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber September 2003 (106,3 endgültige Zahl) um 0,2% rückläufig (September 2003 gegenüber August 2003: + 0,2%). Gegenüber Oktober 2002 ergibt sich eine Steigerung um 1,0% (September 2003/2002: +1,2%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck